

Streit um Raus Informationskampagne

2,5 Millionen Euro gibt der Kultusminister aus, um seine Schulreformen bekannter zu machen

Stuttgart (dpa/swe). Gut eine halbe Milliarde Euro gibt das Land zusätzlich für die Schulen aus, aber viele Bürger merken das nicht. Dem will Kultusminister Helmut Rau (CDU) mit einer 2,5 Millionen Euro teuren Kampagne abhelfen. „Wer nicht informiert ist über die Chancen des Bildungssystems, kann sie auch nicht nutzen“, sagte Rau gestern in Stuttgart, als er die Informationskampagne vorstellte. Veranstaltungen, Broschüren, Zeitungsbeilagen und Internetseiten sollen Eltern und Schülern sowie Lehrern und Erziehern die Qualitätsoffensive Bildung näher bringen. Opposition und Lehrerergewerkschaft GEW sehen die Kampagne als pure Wahlkampfaktion mit Blick auf die Landtagswahl 2011, bei der die Schulpolitik wohl eine große Rolle spielen wird. Rau wies diesen Vorwurf entschieden zurück.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sowie SPD und Grüne im Landtag forderten, das Geld statt in Werbung in Stellen für Vertretungslehrer und Schulpsychologen, in Schulsozialarbeit oder individuelle Förderung zu stecken. Rau wolle vor allem die CDU/FDP-Koalition vor der Landtagswahl 2011 in gutem Licht darstellen.

Grünen-Bildungsexpertin Renate Raustätter aus Karlsruhe sprach von einem „Geschmäckle“ und GEW-Landeschefin Doro Moritz stellte unumwunden fest: „Das Kultusministerium beginnt mit dem Wahlkampf.“ Baden-Württemberg sei das einzige Bundesland, das für seine eigene Bildungspolitik werbe. SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel monierte die „Verschleuderung von Steuergeldern“ zu Propagandazwecken.

Der Minister entgegnete: „Es ist erkennbar, dass das nichts mit Wahlkampf zu tun hat.“ Es sei „richtig

und legitim“, die Potenziale des Bildungswesens auch öffentlich bekannt zu machen. Überdies bildeten sich für die Wahlentscheidung wichtige Stimmungslagen erst in den letzten Wochen vor dem Wahltermin aus. Angesichts der milliardenhohen Gesamtausgaben für die Bildung sei es „kleinkrämerisch“, die geringen Millionen-Investition für die Kampagne zu verurteilen.

Handlungsbedarf sieht Rau aufgrund der Ergebnisse einer Forsa-Umfrage im Auftrag seines Ministeriums: Von mehr als 1 500 befragten Baden-Württembergern hielten 84 Prozent die Ausgaben für Bildung für vordringlich – weit vor Investitionen in Umwelt und Gesundheit (jeweils 69 Prozent) sowie Arbeit und Soziales (67 Prozent). 74 Prozent konnten allerdings keine einzige bildungspolitische Neuerung nennen. Nur einem

Prozent fiel ein, dass mit der mehr als 500 Millionen Euro teuren Qualitätsoffensive die Klassen kleiner werden. Nur acht Prozent der Befragten war das Konzept der neuen Werkrealschule präsent. Immerhin jeder zehnte wusste, dass die Gymnasialzeit von neun auf acht Jahre verkürzt wurde. „Es bestehen erhebliche Informationsdefizite“, resümierte Rau.

Rau will die Bürger vor allem über die neue Werkrealschule und frühkindliche Bildung informieren. Beantwortet werden sollen auch Fragen zum Abitur im Jahr 2012, wenn in Folge der Umstellung vom neun- auf das achtjährige Gymnasium zwei Abiturientenjahrgänge gleichzeitig die Schule verlassen. Bei den 50 Veranstaltungen unter dem Motto „Klassenzimmer on tour“ wollen Rau, sein Staatssekretär Georg Wacker (CDU) sowie die

Leiter der staatlichen Schulämter die Qualitätsoffensive erläutern. Rau hofft, dass auch die Schulen selbst die Initiative ergreifen und Elternabende zu den Themen anbieten. Bisher hätten sie sich als Informationsquelle für Eltern und Schüler nicht besonders hervorgetan.

Die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit will bei Eltern- und vier Schülerinformationsabenden darüber informieren, welche Anschlussmöglichkeiten es nach dem doppelten Abiturjahrgang gibt. „2012 geht die Welt nicht unter“, sagte Behördenchefin Eva Stobel. Dafür sei die Zahl der Berufsberater bei den Agenturen, die auch in die Schulen gehen, bereits im vergangenen Jahr um ein Drittel auf 400 erhöht worden.

Umfrage zeigt: 74 Prozent wissen gar nichts von Bildungsoffensive



DER KULTUSMINISTER GIBT SICH SELBST DIE NOTE SEHR GUT: Helmut Rau präsentierte gestern seine umstrittene Aufklärungsaktion. Die Opposition würde das Geld lieber in Schulen stecken. Foto: dpa